



Herausgeber: U. S. Information Service
Embassy of the United States of America

amerika dienst

Z 12462 C

36

14. September 1994

USA-DEUTSCHLAND

GORE BETONT AMERIKANISCHES ENGAGEMENT FÜR DEUTSCHLAND UND EUROPA

Rede des Vizepräsidenten

DER ABSCHIED

CHRISTOPHER ERINNERT AN DIE BERLINER LUFTBRÜCKE VON 1948

Ansprache vor dem Luftbrückendenkmal

CHRISTOPHER WÜRDIGT LEISTUNGEN DER ALLIIERTEN STREITKRÄFTE IN DEUTSCHLAND

Rede im Berliner Schauspielhaus

BEVÖLKERUNG

KAIRO ERÖRTERT NORD-SÜD-PROBLEME UND ETHIK-FRAGEN

Überwindung letzter Hindernisse

AMERIKANER FÜR EINDÄMMUNG DES BEVÖLKERUNGSWACHSTUMS

Die öffentliche Meinung in den USA

NORDKOREA

USA DRINGEN AUF DIALOG ZWISCHEN NORD- UND SÜDKOREA

Gespräche zwischen Christopher und Han

bitte wenden

Um Übersendung von
Belegexemplaren
wird gebeten

Deichmanns Aue 29
D 53170 Bonn

Tel.: 0228 - 339 23 72
Fax: 0228 - 33 41 02

KRIEGSVERBRECHEN

EIN TRIBUNAL FÜR DIE GERECHTIGKEIT
von John Shattuck

AMERIKAS STÄDTE

DER NEW YORKER STADTTEIL HARLEM
von Guy Halverson

14. September 1994

GORE BETONT AMERIKANISCHES ENGAGEMENT FÜR DEUTSCHLAND UND EUROPA

Rede des Vizepräsidenten

WASHINGTON - (AD) - Aus Anlaß des Abzugs der alliierten Truppen aus Deutschland unterstrich Vizepräsident Al Gore das dauerhafte Engagement der Vereinigten Staaten für Deutschland und Europa. Gore verwies auf den Verbleib von 100.000 Soldaten in Europa und erinnerte daran, daß sein Land der Sicherheit und dem Wohlstand Europas unvermindert verpflichtet ist.

Der Vizepräsident sprach am 9. September 1994 über **WorldNet**, dem Satellitenfernsehsender des US-Informationsamts (United States Information Agency - USIA), bei einer Konferenz hochrangiger Vertreter aus Politik und Wirtschaft in Berlin.

Nachfolgend veröffentlichen wir die Ansprache des Vizepräsidenten in wesentlichen Auszügen.

Ich möchte den Veranstaltern dieser wichtigen Konferenz sowie den hochrangigen Vertretern aus Wirtschaft und Politik meinen Dank aussprechen, insbesondere Bundeskanzler Kohl, den ich sehr bewundere und für dessen Freundschaft ich außerordentlich dankbar bin. Seine Rede war äußerst beeindruckend. Ich weiß sein Verständnis dafür zu schätzen, daß ich nicht persönlich in Berlin anwesend sein kann und bedauere sehr, daß ich nicht bei dem großen Zapfenstreich gestern abend dabei sein konnte. Offen gesagt, ich wünschte, das Basketballspiel, bei dem ich mir diese Verletzung zugezogen habe, wäre verschoben worden.

Die Wunder der Technologie - Wunder, die wir inzwischen als selbstverständlich hinnehmen - erlauben es mir, zu Ihnen über Satellit zu sprechen. Natürlich ist dies kein Ersatz dafür, persönlich bei diesem besonderen Anlaß anwesend sein zu können. Heute morgen ging die Sonne über einem neuen Zeitalter der deutschen Geschichte auf. Gestern sind die alliierten Truppen nach nahezu 50 Jahren abgezogen. Sie kommen also in einem Berlin zusammen, das wieder sich selbst und Deutschland gehört. Die Tragweite dieses Augenblicks gebietet uns, innezuhalten und gemeinsam über seine Bedeutung für Berlin, für Deutschland, für Europa und das atlantische Bündnis nachzudenken. Eines ist so sicher wie das Amen in der Kirche: Der Abzug unserer Truppen aus Berlin bedeutet nicht, daß die Vereinigten Staaten in irgendeiner Weise der Sicherheit und dem Wohlstand Europas und der strategischen Partnerschaft mit unseren europä-

ischen Verbündeten weniger verpflichtet sind als zu Zeiten der Berliner Luftbrücke oder als unsere Soldaten unerschrocken in die Gewehre der Soldaten des Warschauer Pakts am Checkpoint Charlie blickten.

Amerikanische, britische und französische Truppen haben Berlin gestern von Stolz erfüllt über ihre beendete Mission verlassen. Sie hinterließen bessere Chancen für ein großartiges Zeitalter des Friedens als zu jeder anderen Zeit in diesem Jahrhundert. Der Zusammenbruch der Sowjetunion hat uns nicht eine freundliche neue Weltordnung präsentiert, die man nur annehmen mußte. Dieser Zerfall hat vielmehr eine Periode tiefgreifender Umgestaltung bewirkt, aus der entweder die Welt hervorgeht, für deren Sicherstellung wir so hart gekämpft haben, oder eine Welt neuer Alpträume. Wir befinden uns inmitten eines Kampfes zu gewährleisten, daß die Zukunft gut wird. Unsere Aufgabe besteht jetzt darin sicherzustellen, daß der von uns aufzubauende neue Rahmen eine dauerhafte internationale Ordnung auf der Grundlage von Demokratie, freien Märkten und gegenseitiger Sicherheit aufrechterhalten kann.

Das Ausmaß der uns konfrontierenden Probleme ist proportional zu dem enormen Ausmaß unserer Chancen. Heute haben wir die Möglichkeit, nicht nur unsere Streitkräfte abzuspecken, sondern auch unser Bündnis neu zu definieren und am Ende die Definition der kollektiven militärischen Sicherheit an sich neu zu formulieren. Gleichzeitig sehen wir uns der Herausforderung gegenüber, Millionen Menschen in

die wirtschaftlichen und politischen Strukturen zu integrieren, die ihnen bisher verwehrt waren. In dieser Situation ist es unmöglich, unsere Interessen zu schützen, wenn wir eine Veränderung unserer grundlegenden Institutionen ablehnen. Jeder ist sich bewußt, daß ein mit einer tiefgreifenden Veränderung der Bedrohung konfrontiertes Bündnis - der Ursache seiner Gründung - entweder eine überzeugende neue Logik definieren muß oder überholt ist. Jeder weiß, daß auf einen geteilten Kontinent zugeschnittene wirtschaftliche und politische Organisationen sich jetzt an neue Gegebenheiten anpassen müssen, einschließlich der Aufnahme neuer Mitglieder, oder sich als Bastion der Privilegien darstellt.

Wir alle wissen, daß eine Generation junger Menschen, die keine Ziele findet, an die zu glauben es wert ist, von Zynismus oder rassischem und ethnischen Haß geleitet, auf jeden Fall aber verloren sein wird. Wir können also nicht so bleiben wie wir waren. Diese Welt war vertraut, aber sie ist vergangen. Wir sollten ihrem Ende jedoch keinen Augenblick lang nachtrauern. Die Sicherheiten, auf die sie gegründet war, hingen letztlich von der Unterdrückung und dem Leid der Menschen in Osteuropa und der ehemaligen Sowjetunion ab. Ihre Befreiung schafft das Potential für etwas Beispiellooses. Für die Amerikaner ist es eben die Welt, für die wir in Europa gekämpft haben - eine demokratische Welt, die Platz für Vielfalt schafft, in der die Staaten ihre Beziehungen zueinander durch Verhandlungen und Arrangements regeln, in denen die Menschen sicher innerhalb der durch gewohnheitsmäßige Toleranz geschaffenen und durch das Gesetz untermauerten Regeln leben. Wir haben uns an zwei Weltkriegen beteiligt, weil wir an die Möglichkeit dieser Dinge glaubten. Wir wurden während des Kalten Krieges ein Pfeiler der europäischen Verteidigung, um diese Möglichkeit zu schützen. Glauben Sie mir, wir werden unsere Partnerschaft zu Europa mit unvermindertem Engagement pflegen und unterstützen, nun, da unsere beste Chance zur Verwirklichung unserer Hoffnungen gekommen ist.

Der Abzug unserer Streitkräfte aus Berlin ist natürlich nicht das Ende der amerikanischen Präsenz in Europa oder Deutschland. Präsident Clinton hat eindeutig klargestellt, daß er 100.000 Soldaten in Europa stationiert lassen will - den Großteil davon in Deutschland. Sie besiegeln unser Engagement für die NATO, sie sind das Symbol für unsere Entschlossenheit zur Unterstützung von Frieden und Freiheit auf diesem Kontinent, eine Entschlossenheit, die sich nie verringert hat, seit unsere Soldaten zur Bekämpfung der Tyrannei im Zweiten Weltkrieg entsandt wurden.

Obwohl unser Engagement für Europa ebenso wie das unserer Bündnispartner ungeschmälert ist, mußten wir die Bedeutung der europäischen Sicherheit an sich im Kontext völlig veränderter Gegebenheiten überdenken. Wo einmal ein mächtiges gegnerisches Bündnis war, ist heute nichts mehr. Im Gegenteil, die Staaten Mittel- und Osteuropas sahen die NATO großenteils als die beste Hoffnung für militärische Stabilität und Sicherheit in Europa an, und einige von ihnen haben die Mitgliedschaft in der NATO buchstäblich an oberste Stelle ihrer Prioritätenliste gesetzt.

Inzwischen erachtet die Russische Föderation, obwohl ihre Haltung gegenüber der NATO sehr viel komplexer ist, die NATO nicht länger als Organisation von Gegnern. Rußland ist der Partnerschaft für den Frieden beigetreten, und in dieser Woche fanden die ersten amerikanisch-russischen Militärübungen auf russischem Boden statt. Wir wollen, daß Rußland die NATO zunehmend als Partner, nicht als Feind ansieht. Wir wollen, daß alle Länder die NATO als Instrument für kontinuierliche Stabilität und Sicherheit auf dem Kontinent und vielleicht auch als Ressource zur Bewältigung der Probleme außerhalb des herkömmlichen Rahmens der europäischen Sicherheit sehen, wie der Friedenssicherung.

Beim NATO-Gipfeltreffen im Januar in Brüssel entschieden sich die Staats- und Regierungschefs des Bündnisses zur Erweiterung der Beiträge der NATO zu diesen neuen Kooperationsmustern in Europa. Diese erweiterte Kooperation wird viele Formen annehmen. Die Partnerschaft für den Frieden und der Nordatlantische Kooperationsrat (NAKR) sind ein Forum für Konsultationen und praktische Zusammenarbeit mit 22 Ländern, die zur Zeit nicht Mitglied des Bündnisses sind. In diesem Monat werden in Polen die ersten multilateralen Übungen im Rahmen der Partnerschaft für den Frieden abgehalten. Mehrere Länder haben neben dem Beitritt zur Partnerschaft für den Frieden und zum NAKR bereits ihren Wunsch auf Vollmitgliedschaft im Bündnis zum Ausdruck gebracht. Wir werden unsere Gespräche über diese wichtige Frage im Herbst aufnehmen.

Obwohl ich keinen Zeitplan für die Erweiterung der NATO anbieten kann - diese Angelegenheit muß erst in der NATO entschieden werden - möchte ich Sie an Präsident Clintons Worte in Warschau vor wenigen Monaten erinnern. Die Aufnahme neuer Mitglieder in die NATO ist nicht länger eine Frage des Ob, sondern des Wann und Wie. Die Erweiterung der NATO, wenn sie vorgenommen wird, ist sogar für die Länder von Nutzen, die nicht als erste beitreten werden. Ich möchte betonen, daß die erweiterte NATO-Mitgliedschaft insbesondere die Sicherheit aller europäischen

Nationen verbessern wird - der neuen NATO-Mitglieder, der alten und der Nichtmitglieder gleichermaßen.

Instabilität in Zentraleuropa, der Ursprungsregion europäischer Kriege, hat zweimal in diesem Jahrhundert Tragödien über den Kontinent gebracht. Aus diesem Grund sollte Stabilität in Zentraleuropa - ein entscheidendes Ziel der erweiterten NATO - nicht als eine gegen irgend jemanden gerichtete Aktion, sondern als wichtige Komponente der regionalen Sicherheit angesehen werden. Daher wird die Erweiterung der NATO ein transparenter Prozeß sein, begleitet von umfassenden Konsultationen mit allen interessierten Parteien und ohne Überraschungen. Seit Beginn des westlichen Bündnisses haben die Vereinigten Staaten die Bedeutung des Aufbaus von Friedensstrukturen auf der Grundlage der europäischen Einheit unterstrichen. Wir waren stets der Auffassung, daß Europa am besten durch Integration und Einheit prosperieren könnte und würde. Die Europäische Union ist unabdingbar für die Außenpolitik eines demokratischen Europa, ebenso wie für die wirtschaftliche Kooperation. Wir begrüßen den Wunsch der europäischen Union, im kommenden Jahr vier neue Mitglieder aufzunehmen. Wir hoffen, daß sich alle vier für den Beitritt entscheiden und auch andere folgen werden.

Die Konferenz über Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa hat mehr als zwei Jahrzehnte lang bei dem Bemühen um europäische Sicherheit eine Sonderrolle gespielt. Anstatt Verträge abzuschließen und Organisationspläne aufzustellen, begann die KSZE ihre Arbeit mit einer ausführlichen Erklärung zu den Werten der westlichen Zivilisation, den Grundsätzen zwischenstaatlicher Beziehungen sowie der Behandlung des einzelnen durch die Regierung. Wie in der Schlußakte von Helsinki aus dem Jahr 1975 formuliert, umfassen diese Grundsätze den Verzicht auf die Androhung oder den Einsatz von Gewalt, die Unverletzlichkeit der Grenzen, die territoriale Integrität der Staaten, die friedliche Beilegung von Streitigkeiten, Nichteinmischung in innere Angelegenheiten, Achtung der Menschenrechte und Grundfreiheiten, einschließlich der Meinungs-, Gewissens-, Glaubens- und Religionsfreiheit. Die KSZE muß weiterhin Betonung auf die Werte legen - sie definieren, kritisieren, testen, lehren - wenn sie ihre Sonderrolle beibehalten will.

Als ich meine heutige Rede vorbereitete, war ich beeindruckt von den Bildern zweier Städte, von denen jede ein Symbol für das vergangene europäische Zeitalter der Konfrontation ist - Berlin und Sarajevo. In Berlin herrscht, nachdem die dort gekreuzten Schwerter jahrelang Schlagzeilen mach-

ten, endlich Frieden. Sarajevo ist, nachdem es jahrelang unbekannt und friedlich war, jetzt in Aufruhr. Eine 80 Jahre währende Konfrontation in Europa hat gezeigt, daß die Menschheit technologische Fertigkeiten, einschließlich der Mittel zur Herstellung von immer zerstörerischeren Waffen, von Generation zu Generation weitergeben kann. Jetzt müssen wir von der Fremdenfeindlichkeit, den Konflikten und Leiden in Europa während dieser 80 Jahre lernen, dauerhafte Gewohnheiten der Zusammenarbeit und des Friedens weiterzugeben. Bosnien zeigt uns, wieviel Macht die Ideologien von Haß und Angst noch haben, und wie gefährlich diese Macht für den Frieden ist - nicht nur für einen bestimmten Teil Europas, sondern für Europa als Ganzes. Es ist ein Warnsignal für jedes Land in Osteuropa, da in jedem dieser Länder ethnische Minderheiten leben. Wenn der Konflikt nicht gelöst wird, stellt er eine fortgesetzte Bedrohung für Frieden und Stabilität in der Region dar. Wenn er jedoch nicht auf eine Art und Weise beigelegt wird, die im Einklang mit den unseres Erachtens in Europa anzuwendenden allgemeinen Grundsätzen steht, ist der Frieden vielleicht nicht mehr als eine Pause vor einem erneuten und erweiterten Konflikt.

Während Sarajevo die Macht der Ideologien von Haß und Angst zeigt, demonstrieren die Wiedervereinigung Berlins und Deutschlands sowie die Ausbreitung der Demokratie in Osteuropa und der ehemaligen Sowjetunion, daß keine Regierung auf Dauer ihre Bürger unterdrücken, einschüchtern und zu Schweigen und Unterwürfigkeit zwingen kann. Heute ist Deutschland frei von der Bedrohung von außen, die die Haltung und Aktionen des Landes gegenüber seinen Nachbarn stark beeinflusste. Der Erfolg des Engagements der Alliierten für Berlin und für die demokratische Entwicklung in ganz Europa bedeutet, daß Deutschland erstmals in der neueren Geschichte von Freunden umgeben ist anstatt von Ländern, die für Gegner gehalten werden. Deutschland und seine Nachbarn sind geeint in ihrer Unterstützung von Freiheit, Gerechtigkeit, freien Märkten und Demokratie.

All dies unterstreicht eindeutig eine zentrale Tatsache: Europa prüft die Behauptung, die Nationen müßten nicht auf immer an ihre Vergangenheit gebunden und im Bann der Anziehungskraft alter Feindseligkeiten und Denkweisen sein. Vielmehr können sich die Nationen von den alten Konfliktmustern befreien, um in neuen Formen der Zusammenarbeit sowie einer neuen, klaren Vision ihrer wahren Aufgaben ein höheres Geschick zu finden. Wie Sie wissen, bin ich fest davon überzeugt, daß ein Teil dieses übergeordneten Geschicks darin liegt, die Pflichten zu akzeptieren und zu erfüllen, die diese

Generation ihren Nachfahren im Hinblick auf die weltweite Umweltkrise schuldet - eine Frage, bei der Bundeskanzler Kohl weltweit eine wertvolle Führungsrolle übernommen hat. Der Zufall will es, daß gerade diese Woche in Kairo bei der Konferenz der Vereinten Nationen über Bevölkerung und Entwicklung Fragen erörtert werden, die für die Zukunft der Welt von fundamentaler Bedeutung sind. Die einzelnen europäischen Nationen sowie die Europäische Union leisteten einen entscheidenden Beitrag zur intellektuellen Tragfähigkeit und politischen Effektivität dieser Konferenz. Europa muß eine bedeutende Rolle bei unseren gemeinsamen Bestrebungen spielen, die möglicherweise katastrophalen Konsequenzen eines radikalen Wandels in den Beziehungen zwischen der Menschheit und dem Ökosystem der Erde zu beheben, einem Wandel, der durch das schnelle Bevölkerungswachstum, die Entwicklung extrem wirkungsvoller neuer Technologien sowie - am wichtigsten - dem Unwillen vieler verursacht wurde, die Auswirkungen der von uns getroffenen Entscheidungen zu akzeptieren.

Um diese neue Art von Problemen zu lösen, müssen wir eine Entscheidung für den Frieden und gegen den Krieg treffen, für umweltverträgliche Entwicklung und gegen Armut und Verzweiflung. Es gibt guten Grund zur Zuversicht, daß wir Erfolg haben können. Heute strebt ganz Europa nach demokratischen Regierungen und freier Marktwirtschaft - ein auf diesem Kontinent einmaliger Vorgang. Berlin und das demokratische und vereinigte Deutschland, dessen Hauptstadt es wieder ist, liegen im Mittelpunkt dieser neuen, hoffnungsvollen Ära. Deutschlands stabile Grundlage in Europa und dem atlantischen Bündnis ist ein wichtiger Ausgangspunkt für eine noch produktivere internationale Rolle dieses Landes. Deutschland ist zum Motor des europäischen Integrationsprozesses geworden. Die deutsch-französische Freundschaft, die enge Zusammenarbeit zwischen Deutschland und Großbritannien und die Beziehungen Deutschlands zu ganz Europa werden jetzt fest verankert. Dieses Engagement hat starke Einheit und Zusammenarbeit hervorgebracht, die strategische Stabilität in Westeuropa sicherstellt und hoffentlich das übrige Europa - insbesondere Zentraleuropa - inspiriert. Aus diesem Grund sind die deutsch-amerikanischen Beziehungen von so überragender Bedeutung, und aus diesem Grund sind die heutigen Gespräche zwischen Amerikanern und Deutschen so wichtig. Sicherheit, politische und wirtschaftliche Freiheit sind von entscheidender Bedeutung für die Zukunft Europas in Selbstbestimmung. Wir müssen uns jedoch bewußt sein, daß ihr Schutz von unserer Fähigkeit abhängt, die sich bietenden Chancen für die Verbesserung des Lebens der Bürger zu nutzen. Um Mißverständnissen vorzubeugen: Die neuen

Demokratien müssen unter Beweis stellen, daß sie ihren Bürgern ein besseres Leben bieten können.

Obwohl Regierungen bei diesem Prozeß von Bedeutung sind, stellen Privatinvestitionen die wichtigste Voraussetzung umweltverträglicher Wirtschaftsentwicklung dar, denn durch sie wird das für Wohlstand erforderliche inländische und ausländische Kapital bereitgestellt. Als Wirtschaftsvertreter sind Sie in diesem Prozeß die Akteure. Innen- und Außenpolitik sind eine Ergänzung privater Interessen bei Wirtschaft, Handel und Investitionen. Unsere Bestrebungen zur Integration der neugeschaffenen nationalen Märkte Europas in das Weltwirtschaftssystem sowie die Notwendigkeit, unsere eigene Wirtschaftsentwicklung voranzutreiben, werden nur solange von Erfolg gekrönt sein, wie Kapital produktiv eingesetzt wird. Aus dieser Perspektive sind die hochrangigen deutschen und amerikanischen Wirtschaftsvertreter nur aus einem zwingenden Grund in Berlin: In diesem vielversprechenden und kühnen neuen Zeitalter ist die Wirtschaft für die Sicherheit aller in gewisser Hinsicht ebenso wichtig wie die Regierung.

Bei dem Streben nach Frieden und Freiheit sind Handel und Investitionen die neuen Grenzen und die deutsch-amerikanischen Wirtschaftspartner die Pioniere, die diese neuen Grenzen erforschen und erweitern. Die deutsch-amerikanischen Wirtschaftsbeziehungen gedeihen. Amerikanische Unternehmen in Deutschland beschäftigen 600.000 Arbeitnehmer. In den Vereinigten Staaten arbeiten bereits 500.000 Menschen bei deutschen Unternehmen. Deutsche Guthaben in Amerika und amerikanische Guthaben in Deutschland werden jeweils auf über 25 Milliarden Dollar geschätzt.

So bemerkenswert diese Zahlen sind - unsere Partnerschaft geht darüber hinaus. Ich bin stolz darauf sagen zu können, daß wir die Amerikanische Akademie zu Berlin gründen, was morgen offiziell bekanntgegeben wird. Dieses privat finanzierte Unternehmen wird die Tradition der über 300jährigen deutsch-amerikanischen Freundschaft fortsetzen. Die Vereinigten Staaten stehen für eine Zukunft, die auf der Unabhängigkeit der Nationen und der Würde des Menschen basiert. Das war der Hauptgrund für die Anwesenheit der alliierten Streitkräfte in Berlin. Als sie 1945 kamen, erwartete niemand, daß sie nahezu ein halbes Jahrhundert bleiben würden. Da Berlin jedoch so oft das ideologische Schlachtfeld des Kalten Krieges war, blieben die Amerikaner und ihre Verbündeten dort. Wir waren 1948 zur Stelle und versorgten durch die großangelegte Luftbrücke die Berliner Bevölkerung mit Nahrungsmitteln, als Stalin die Westalliierten durch die Blockade aus der Stadt zu verdrängen suchte. Wir waren 1961 zur Stelle, um zu zeigen, daß Demokratie und der Wille des

Volkes jede Mauer, ungeachtet ihrer Größe, umgehen können. Wir waren 1987 zur Stelle, als Präsident Reagan forderte, die Mauer niederzureißen. Und wir waren zur Stelle, als die Mauer endlich fiel.

Gestern verließen unsere Soldaten Berlin. Aber um mit den vor drei Jahrzehnten geäußerten Worten eines jungen Präsidenten zu sprechen, sind wir alle

immer noch Berliner. Unser Engagement bleibt so stark wie zuvor. Und ich wiederhole heute die Worte eines anderen jungen Präsidenten, der dieses Jahr in Berlin erklärte: "Amerika steht an Ihrer Seite -jetzt und für immer!"

Ich danke Ihnen.

* * * * *

14. September 1994

CHRISTOPHER ERINNERT AN DIE BERLINER LUFTBRÜCKE VON 1948

Ansprache vor dem Luftbrückendenkmal

WASHINGTON - (AD) - Am 8. September 1994 würdigte US-Außenminister Christopher in einer Ansprache vor dem Luftbrückendenkmal am Flughafen Tempelhof die Berliner Luftbrücke und die dadurch geschmiedeten Bande zwischen Amerikanern und Deutschen.

Nachfolgend veröffentlichen wir die Ansprache des Außenministers im Wortlaut.

Es ist mir eine große Ehre, heute hier sein zu dürfen. Wir sind zusammengekommen, um die Berliner Luftbrücke zu würdigen, unsere Erinnerungen an dieses großartige Ereignis auszutauschen und uns erneut seinem Geist zu verschreiben.

Wir alle kennen die Geschichte der Berliner Luftbrücke. Im Frühjahr 1948 begann Stalin seine Kampagne, die Alliierten aus Berlin zu verdrängen. Er wollte die Stadt unter kommunistische Kontrolle bringen, indem er den Willen ihrer Bewohner zu brechen versuchte. Am 24. Juni 1948 verhängte er eine Blockade gegen Berlin.

Stalin hatte jedoch den Willen der Berliner, sich der Einschüchterung zu widersetzen, sowie die Entschlossenheit der Alliierten, ihnen beizustehen, unterschätzt. Am 25. Juni bat der amerikanische General Lucius Clay den Bürgermeister von Berlin, Ernst Reuter, in sein Büro. Zum Erstaunen aller Anwesenden unterbreitete er den Vorschlag, die Stadt durch die Luft mit Nahrungsmitteln zu versorgen. Die Antwort des Bürgermeisters war eindeutig: Berlin war bereit, um der Freiheit willen Opfer zu bringen.

Diese beiden mutigen führenden Persönlichkeiten waren sich bewußt, was auf dem Spiel stand. Andernorts waren die Meinungen jedoch geteilt. In Washington empfahlen hochrangige Regierungsberater Vorsicht und Zurückhaltung. Die einzigen, der amerikanischen Luftwaffe in Europa zur Verfügung stehenden Transportflugzeuge waren zweimotorige C-47, als "Gooney Birds" bekannte Maschinen, von denen wenige glaubten, sie könnten diese Leistung erbringen. Präsident Truman verstand jedoch ebenso wie Reuter und Clay die Bedeutung dieser Aktion. Seiner Meinung nach würde die

Luftbrücke funktionieren, weil sie erforderlich war. Er gab die Anweisung zu ihrer großangelegten Durchführung.

Innerhalb weniger Tage kamen neue Flugzeuge aus Alaska, Hawaii und der Karibik an, um sich an diesem heroischen Unterfangen zu beteiligen. Mit Hilfe der britischen Luftwaffe waren Hunderte von Flugzeugen rund um die Uhr im Einsatz. Ihr allgegenwärtiges Dröhnen wurde Teil des täglichen Lebens, eine Erinnerung daran, daß Berlin nicht allein gelassen wurde. Tausende von Arbeitern - Alliierte und Deutsche - unterstützten die Luftbrücke am Boden. Als sich die beiden Flughäfen als unzureichend erwiesen, sprangen Berliner aus allen Lebensbereichen ein, um den Bau eines dritten Flughafens zu beschleunigen. Arbeiter, Wissenschaftler, Lehrer und Hausfrauen stellten den Flughafen Tegel zwei Monate früher als geplant fertig.

Die technische Leistung der Luftbrücke war gewaltig. Am 16. April 1949 wurde durch die "Osterparade", die einen Rekord darstellte, genug Kohle bereitgestellt, um 600 Eisenbahnwaggons zu füllen. Während der gesamten Dauer der Luftbrücke wurden über zwei Millionen Tonnen an Versorgungsgütern nach Berlin transportiert.

Ebenso beeindruckend waren in den Augen der Welt jedoch auch der Mut und die Widerstandskraft der Berliner, die Hunger, Kälte und Dunkelheit trotzten, um der Freiheit zum Sieg zu verhelfen.

Durch diese gemeinsam ertragenen Zeiten der Not und des Triumphs regte die Berliner Luftbrücke den Versöhnungsprozeß zwischen dem deutschen und dem amerikanischen Volk an. Die Partnerschaft zwischen den Alliierten und den Berlinern war nicht

nur auf den Flugplätzen sichtbar, sondern auch bei zahllosen Gesten der Solidarität. Trotz der Entbehrungen gaben die Berliner den Piloten das Beste, was sie hatten: Bücher, Feuerzeuge, Blumen und Gebete. Und dieses ehrwürdige Denkmal zeugt davon, daß die Piloten den Berlinern ihr Bestes gaben.

Anfang 1952 fragte eine Berliner Zeitung ihre Leser: "Woran erinnern Sie sich im Zusammenhang mit der Luftbrücke?" Hunderte eingegangener Antworten erzählen eine inhaltsreiche und ergreifende Geschichte. Viele erinnerten sich an die Großartigkeit der Luftbrücke, das Donnergetöse der Maschinen, die "Symphonie der Freiheit" am Himmel. Anderen zufolge "sprachen" die Flugzeuge zu den Menschen am Boden, die dröhnenden Maschinen "sprachen" von Hoffnung und Beistand. Kinder hatten nicht die winzigen Fallschirme vergessen, die mit Süßigkeiten auf die Erde niedergingen - das Geschenk eines Leutnants der Luftwaffe. Und viele Berliner erwähnten das neuentstandene Gefühl der Verbundenheit mit den Alliierten.

Eine Fünfzehnjährige schrieb über die bei der Luftbrücke Umgekommenen: "Ihr Opfer erinnert uns daran, daß es auf dieser Welt Dinge gibt, die größer sind als nationaler Egoismus, nämlich Menschlichkeit und das Leben aller Menschen in Würde."

Als Bürgermeister Reuter am Ende der Blockade General Clay seinen Dank aussprach, bekannte er sich zu dieser gemeinsamen Sache: "Sie sind nicht mehr als Feinde, sondern als Freunde zu uns gekommen", erklärte er. "Die Erfahrung dieser Monate hat uns enger an Ihr Volk gebunden und Ihr Volk stärker an uns. Das Denkmal, das wir ihm zu Ehren bauen, wird bescheiden sein, aber es wird ein Denkmal für den Frieden und nicht zur Verherrlichung der Leistungen im Krieg sein."

Amerikaner erinnern die Luftbrücke als die Brücke, die uns als gleichgesinnte Nationen verband, die bereit waren, der Tyrannei die Stirn zu bieten und die mit der Verteidigung der Freiheit einhergehenden Härten zu erdulden. Dieses Vermächtnis überdauerte die Luftbrücke, die Teilung Deutschlands und schließlich den Kalten Krieg.

Freiheitsliebe und Menschenwürde sind keine nationalen Charakteristika, sondern der ganzen Menschheit eigen. Wir müssen den bei der Luftbrücke gezeigten Geist der Entschlossenheit aufrechterhalten, während wir an der Überwindung alter Trennungen in Europa arbeiten und ehemalige Gegner in die transatlantische Interessen- und Wertegemeinschaft einbinden. Wir haben eindeutig Fortschritte erzielt, aber es bleibt noch viel zu tun. Unsere auf den Tragflächen der Luftbrücke geborene Partnerschaft wird uns nicht scheitern lassen.

* * * * *

14. September 1994

CHRISTOPHER WÜRDIGT LEISTUNGEN DER ALLIIERTEN STREITKRÄFTE IN DEUTSCHLAND

Rede im Berliner Schauspielhaus

WASHINGTON - (AD) - US-Außenminister Warren Christopher hob am 8. September 1994 den von den Streitkräften der Alliierten in Deutschland geleisteten Beitrag hervor.

Bei dem offiziellen Festakt im Berliner Schauspielhaus aus Anlaß der Verabschiedung der alliierten Truppen betonte er jedoch auch die Notwendigkeit, sich den Staaten der ehemaligen Sowjetunion und Osteuropas zu öffnen und in den dortigen jungen Demokratien Freiheit und Stabilität zu fördern.

Nachfolgend veröffentlichen wir die von Christopher im Schauspielhaus gehaltene Rede im Wortlaut.

Es ist für mich eine große Ehre, Präsident Clinton und die Vereinigten Staaten bei diesem historischen und freudigen Ereignis vertreten zu dürfen.

Ich bin hier, um gemeinsam mit Ihnen die alliierten Streitkräfte der Berlin Brigade zu ehren, die in dieser Stadt während ihrer Teilung und Bedrohung Wache standen. Nahezu ein halbes Jahrhundert lang bildeten die Vereinigten Staaten, Frankreich, Großbritannien und Deutschland in Berlin eine besondere Einheit. Gemeinsam bewahrten wir dort, auf diesem Testgelände westlicher Entschlossenheit, die Freiheit - wohl wissend, daß unser Mißerfolg dort die Freiheit überall gefährden würde.

Vor 45 Jahren ging Amerika die Verpflichtung ein, gemeinsam mit Ihnen den Widrigkeiten zu trotzen. Vier Jahrzehnte lang hielten wir unter Administrationen der Demokraten und Republikaner gleichermaßen dieses Versprechen. Auch heute bleibt unser Engagement für ein stabiles, sicheres und wohlhabendes Europa unvermindert. Selbst nach Abzug unserer Truppen aus Berlin bleiben 100.000 amerikanische Soldaten in Europa.

Als Präsident Clinton dieser Stadt vor zwei Monaten einen Besuch abstattete, sprach er von seiner Vision eines integrierten Europa, in dem unsere Sicherheit "auf dem Aufbau von Brücken, nicht von Mauern beruht". Der Präsident bekräftigte das Engagement Amerikas, das Beispiel Berlin als Grundlage dieser Vision anzusehen und bat mich, Ihnen und dem

Bundeskanzler eine Botschaft zu übermitteln. Gestatten Sie mir, aus seinem Brief an den Kanzler zu zitieren:

"Nahezu 45 Jahre lang dienten unsere alliierten Streitkräfte an den Frontlinien der Demokratie mit der Entschlossenheit, für Europa eine Zukunft in Sicherheit und Wohlstand innerhalb freier und offener Gesellschaften sicherzustellen. Obwohl seit dem wunderbaren Moment, als die Europa spaltende Mauer fiel, immer mehr Zeit verstreicht, dürfen wir nicht vergessen, was die alliierten Streitkräfte für uns und unsere Kinder getan haben. Sie waren die Garanten der Freiheit in Europa. Sie verdienen unseren Dank."

Im Namen des amerikanischen Volkes möchte ich auch die Berliner ehren, deren Durchhaltevermögen und Mut diejenigen inspirierte, die sich für die Freiheit auf der ganzen Welt einsetzten. Und ich möchte heute den Millionen von Europäern in Leipzig, Dresden und zahllosen Städten und Dörfern in Ostdeutschland meine Hochachtung bezeigen, deren beharrlicher Ruf "Wir sind das Volk" zum Fall der grausamen Berliner Mauer beitrug.

Die Amerikaner wissen: Als Sie Ihre Freiheit erlangten, halfen Sie, unsere zu festigen. Wenn wir nicht länger einen Dritten Weltkrieg fürchten, wenn wir ein nicht länger von Unterdrückung oder Konflikten zerrissenes Europa für möglich halten, dann ver-

danken wir das Ihrem Kampf sowie dem Ihrer Nachbarn in Gdansk, Vilnius und Prag.

Einst befahlen die kommunistischen Diktatoren Europas ihren Bürgern, die Vergangenheit zu vergessen. Jetzt sind wir hier zusammengekommen, um ihrer zu gedenken. Wir erinnern das Heldentum und die Entschlossenheit zu Zeiten der Berliner Luftbrücke. Wir denken an die Berliner, die auf den Trümmern des Krieges eine demokratische und prosperierende Gesellschaft aufbauten.

Wir erinnern uns auch noch gut an die Tragödien. Wir erinnern uns, wie die Mauer anwuchs - von einer Reihe bewaffneter Männer und Stacheldraht zu einer häßlichen Zementsperre, die Familien, eine Nation und einen Kontinent teilte. Wir erinnern uns an das erste Opfer, Rudolf Urban, der bei dem Versuch, in die Freiheit zu gelangen, ums Leben kam - und wir erinnern uns an das letzte Opfer, einen 20jährigen Deutschen namens Chris Gueffroy. Diese Erinnerungen werden nicht verblassen.

Zu einem früheren Zeitpunkt war das Unglück Berlins das Symbol für das Unglück Europas. Heute ist die Stadt das Symbol für die sich Europa eröffnenden neuen Möglichkeiten. Wir sind hier Zeuge, wie die aus der Zeit des Kalten Krieges stammende Spaltung überwunden wurde. Und das geschieht nicht nur hier: Vergangene Woche hielten amerikanische und russische Soldaten ihre ersten gemeinsamen Manöver auf russischem Boden ab. Und die russischen Truppen sind aus den baltischen Staaten abgezogen - ein Ziel, für das sich die Vereinigten Staaten seit vielen Jahren eingesetzt haben.

Wir sind dankbar, daß wir jetzt in weniger gefährlichen Zeiten leben. Wir haben die wichtigste Bedrohung unserer Freiheit überwunden. Als Ergebnis unserer gemeinsamen Bestrebungen brauchen diese Truppen in dieser Stadt nicht länger unsere Sicherheit und unseren Wohlstand verteidigen. Wir haben jedoch noch große Pflichten. Was uns hier beschert wurde, muß jetzt nach Osten weitergetragen werden - zu den jungen Demokratien, die sich von 50 Jahren Diktatur und wirtschaftlichem Ruin erholen.

Während der vergangenen 50 Jahre haben mein Land und Ihre Länder am Aufbau zahlreicher Institutionen mitgewirkt, die unsere Sicherheit und

wirtschaftliche Stärke bewahrten: die NATO, das GATT, die OECD und schließlich die Europäische Union. Diese Institutionen trugen in Westeuropa zur Schaffung der politischen und wirtschaftlichen Bedingungen bei, unter denen freie Institutionen prosperieren können. Sie verliehen dem gemeinsamen Unternehmen aller westlichen Demokratien - der Förderung von Frieden und weltweitem Wirtschaftswachstum - Struktur, Legitimität und Stärke.

Unsere Aufgabe ist die Stärkung dieser grundlegenden Institutionen und ihre Öffnung für die neuen demokratischen Nationen Mittel- und Osteuropas sowie der ehemaligen Sowjetunion. Diesen Prozeß haben wir mit der Partnerschaft für den Frieden, der Uruguay-Runde des GATT und den neuen Partnerschaftsabkommen der Europäischen Union begonnen. Dies ist der beste Weg sicherzustellen, daß die von uns während dieser Jahre genossene Stabilität auch in einem erweiterten Europa Bestand hat.

Damit können wir gewährleisten, daß das von unseren Vorgängern - der Generation von Truman, Churchill, Monnet und Adenauer - begonnene Werk fortgesetzt wird.

Es erfordert Zeit, Institutionen wie die NATO und die Europäische Union neuen Erfordernissen anzupassen und gleichzeitig ihre Effektivität zu bewahren. Wir müssen sichergehen können, daß unsere neuen Partner die Fähigkeit zur Erfüllung der mit ihrer Aufnahme einhergehenden Pflichten haben.

Gleichzeitig dürfen unsere Institutionen und Bestrebungen nicht an den veralteten Grenzen des Kalten Krieges haltmachen. Es liegt nicht in unserem Interesse, wenn irgendeine Nation in Europa isoliert ist, denn Isolation ist die Brutstätte für Instabilität - und Instabilität, nicht Invasion, ist die größte verbleibende Bedrohung der europäischen Sicherheit.

Aus diesem Grund müssen wir alles in unserer Macht Stehende unternehmen, um unseren ehemaligen Gegnern zu helfen, in sicherheits- und handelspolitischer Hinsicht verlässliche Partner zu werden. Wir müssen dem Ideal eine neue Bedeutung geben, das die Architekten der europäischen Integration inspirierte: In einem ungeteilten Europa darf es überhaupt keine Mauern geben.

Ich danke Ihnen.

* * * * *

14. September 1994

KAIRO ERÖRTERT NORD-SÜD-PROBLEME UND ETHIK-FRAGEN

Überwindung letzter Hindernisse

KAIRO - (AD) - Einige der wenigen Fragen, die bei der Konferenz der Vereinten Nationen über Bevölkerung und Entwicklung die Industriestaaten von den Entwicklungsländern trennten, wurden in letzter Minute durch einen geschickten Kompromiß gelöst.

Die Übereinkünfte über diese und andere ausstehende Angelegenheiten wurden am 12. September 1994 von einem aus Vertretern von 180 Ländern bestehenden Ausschuß angenommen.

Es wird daher erwartet, daß die von den Vereinten Nationen innerhalb von 20 Jahren veranstaltete dritte Bevölkerungskonferenz die Arbeit des Ausschusses offiziell billigt und sich termingerecht am 13. September, acht Tage nach Aufnahme ihrer Arbeit, vertagt.

Die wichtigste, Industriestaaten und Entwicklungsländer spaltende Frage, lautete, ob Wanderarbeiter ein grundlegendes "Recht" darauf haben, ihre "Familie" in ihre Wahlheimat zu bringen.

Die Türkei war eines der führenden Entwicklungsländer, das die Verwendung des Begriffs "Recht" forderte. Obwohl das von der Konferenz aufgestellte "Aktionsprogramm" kein Vertrag und daher juristisch nicht bindend ist, könnte dieser Terminus einen Präzedenzfall schaffen, auf den Länder mit einer großen Zahl von Emigranten bauen könnten.

Die zwölf Mitgliedstaaten der Europäischen Union, die Vereinigten Staaten, Kanada und andere Industriestaaten vertraten die Ansicht, die Regierungen des Gastlandes sollten das "Prinzip" der Familienzusammenführung anerkennen.

Als die Frage der Familienzusammenführung zu Beginn der Konferenz erstmals auftauchte, konnte hierüber keine Einigung erzielt werden, und die Diskussion wurde vom 5. auf den 8. September verschoben. Als eine Einigung immer noch in weiter Ferne zu liegen schien, traf ein kleiner Ausschuß

unter Einbeziehung Algeriens als Vertreter der Entwicklungsländer am 10. September zusammen und legte einen Kompromiß vor.

Dieser besagte, daß die Staaten "die lebenswichtige Bedeutung der Familienzusammenführung" anerkennen sollten, indem sie Gesetze verabschiedeten, die legalen Wanderarbeitern das Mitbringen ihrer Familien gestatten. Einer Vielzahl von Entwicklungsländern reichte das jedoch nicht aus.

Die Delegierten machten am Sonntag, den 11. September einen Tag Pause. Als sie am Tag darauf zusammenkamen, unterbreiteten Simbabwe und Australien einen anderen Kompromißvorschlag, dem die Vereinigten Staaten sofort zustimmten.

Dieser Vorschlag stellt eine Ergänzung des vorigen Kompromisses dar, da er sich auf einen Absatz der Konvention über die Rechte des Kindes bezieht, der jungen Menschen das Recht auf Zusammenführung mit ihren Eltern einräumt.

Dieser Kompromißvorschlag wurde schließlich von der Arbeitsgruppe angenommen und dem Hauptausschuß der Konferenz übermittelt. "Der Unterausschuß gab seine Zustimmung, es bleibt jedoch abzuwarten, was der Hauptausschuß unternehmen wird", so ein Vertreter Australiens über den Ausschuß, in dem jede Delegation vertreten ist.

Der Hauptausschuß nahm tatsächlich vor Annahme der Sprachregelung einige Ergänzungen vor, die keine substantiellen Auswirkungen hatten.

Von Anfang an vermied die Konferenz jedoch eine Definition des Begriffs "Familie", um einen noch größeren Kampf darüber zu verhindern, welchen Verwandten welche "Rechte" zustehen.

Amerikanischen Regierungsvertretern zufolge schließt das amerikanische Einwanderungsgesetz eine

umfassende Definition der Familienzusammenführungsrechte aus, aber die Regierung hat sich zur Familienzusammenführung verpflichtet.

Aus diesem Grund befürworteten die amerikanischen Regierungsvertreter den Begriff "Prinzip" statt des Begriffs "Recht" und verwiesen darauf, daß Einwanderer in die Vereinigten Staaten ihre Ehefrauen und Kinder mitbringen können. Darüber hinaus wurden 1993 über 530.000 Einwanderer aufgrund familiärer Bande zu amerikanischen Staatsbürgern und Bürgern mit ständiger Aufenthaltsgenehmigung aufgenommen.

Die Frage der "Ethik" wurde erneut vom Vatikan und seiner Handvoll Anhänger unter den streng römisch-katholischen Ländern angeschnitten. Das Ergebnis der diplomatischen Offensive ähnelte dieses Mal jedoch stark derjenigen in der vergangenen Woche im Hinblick auf die Sprachregelung zum Schwangerschaftsabbruch: Änderung der Formulierungen, inhaltlich jedoch praktisch unverändert.

"Dem Vatikan wurden alle möglichen Konzessionen gemacht", erklärte Nicolaas Biegman, der Ständige Vertreter der Niederlande bei den Vereinten Nationen und Stellvertretender Vorsitzender des Hauptausschusses bei einer Pressekonferenz am 12. September 1994.

"Ich glaube nicht ... daß sie den Geist des Dokuments verändern konnten. Das Dokument legt Betonung auf die Entscheidungsfreiheit des einzelnen sowie das Recht von Paaren und Einzelpersonen auf die Entscheidung über die Anzahl der gewünschten Kinder und den Zeitpunkt der Geburt", so Biegman.

Im weiteren Verlauf der Pressekonferenz stellte er fest: "Die Frauenbewegung könnte diesem Dokument eine ziemlich gute Note geben."

Biegman räumte bereitwillig ein, daß Doppeldeutigkeiten und unpräzise Formulierungen zu den angewandten Techniken gehörten, damit der Geist des Dokuments erhalten blieb und gleichzeitig das vorgeschlagene "Aktionsprogramm" abgeschwächt wurde, um es dem Vatikan schmackhafter zu machen.

Er führte folgendes Beispiel an: Die Delegierten des Vatikans fragten wiederholt, was unter der Formulierung "Fruchtbarkeitsregulierung" in Kapitel 7 des Aktionsprogrammmentwurfs zu verstehen sei, der in den drei Jahren vor der Kairoer Konferenz ausgehandelt worden war. Der Entwurf stellte beispielsweise fest, daß Männer und Frauen das Recht auf Zugang zu finanzierbaren Fruchtbarkeitsregulierungsmethoden haben. Dieser Satz könnte Schwangerschaftsabbruch beinhalten, so die Argumentation des Vatikans.

Bei dem Versuch, einen Kompromiß zu erzielen, entschied sich die Mehrheit der Delegierten, die Formulierung "Fruchtbarkeitsregulierung" durch "die Regulierung der Fruchtbarkeit" zu ersetzen, erläuterte Biegman. Seiner Ansicht nach bestehe kein Unterschied in der Bedeutung der beiden Formulierungen. Und was ist die Bedeutung?, so die rhetorische Frage. "Was immer Sie wollen."

Auf die Frage eines Journalisten, ob er damit zum Ausdruck bringen wolle, die Konferenz "umgeht dieses Problem, indem sie bewußt einen doppeldeutigen Begriff verwendet", antwortete er mit Ja.

Die Reaktion des Vatikans auf die geänderte Sprachregelung wurde nicht unmittelbar bekannt.

Obwohl der Vatikan zahlenmäßig wenige Anhänger hatte und bei dieser Frage leicht hätte überstimmt werden können, haben Vertreter der Vereinigten Staaten und der Vereinten Nationen erklärt, daß große internationale Konferenzen traditionell versuchen, einen Konsens zu erzielen. Jeder Konferenzteilnehmer, der mit dem Endergebnis nicht einverstanden ist, könnte seine Unterschrift unter das Aktionsprogramm verweigern oder es mit Vorbehalten unterschreiben.

Der Vatikan verweigerte seine Unterschrift unter das Bevölkerungsprogramm der Konferenzen von 1974 und 1984.

Nachdem die wichtigsten strittigen Punkte gelöst waren, arbeiteten die Delegierten am 12. September bis spät abends, um das Aktionsprogramm fertigzustellen.

* * * * *

AMERIKANER FÜR EINDÄMMUNG DES BEVÖLKERUNGSWACHSTUMS

Die öffentliche Meinung in den USA

WASHINGTON - (AD) - Eine von **Time-CNN** am Vorabend der Kairoer Konferenz über Bevölkerung und Entwicklung durchgeführte Meinungsumfrage ermittelte erste Angaben über die Sichtweise der Amerikaner zu Bevölkerungsfragen.

Obwohl 55 Prozent der Amerikaner zusätzliche Ausgaben der Vereinigten Staaten zur Eindämmung des Bevölkerungswachstums in anderen Ländern befürworten, ist die Öffentlichkeit nicht geneigt, eine Führungsrolle bei der Bewältigung des Problems zu übernehmen. Nachfolgend veröffentlichen wir die wichtigsten Ergebnisse der Umfrage.

Zustimmung zu Hilfe für Familienplanung

Eine beträchtliche Mehrheit der Amerikaner (72 Prozent) stimmt im Prinzip staatlicher Unterstützung der Vereinigten Staaten zu, "um Geburtenkontrolle und Familienplanung" im Ausland leichter zugänglich zu machen. Eine kleinere Mehrheit (54 Prozent) befürwortet die "maßgebliche Aufstockung" staatlicher Aufwendungen für diese Zwecke, die seit den achtziger Jahren vorgenommen wurde.

Überbevölkerung als wichtiges Anliegen

Eine Mehrheit der amerikanischen Bevölkerung (55 Prozent) beurteilt "Überbevölkerung" als "sehr ernsthaftes Problem". Weitere 31 Prozent sehen das Problem als "ziemlich gravierend". 79 Prozent vertreten die Auffassung, das Problem werde eines Tages auch die Vereinigten Staaten betreffen.

Gemäßigte Rolle der Vereinigten Staaten befürwortet

68 Prozent der Öffentlichkeit möchte, daß die Vereinigten Staaten gemeinsam mit anderen Ländern die Bewältigung des Problems der Überbevölkerung angehen, statt eine Führungsrolle zu übernehmen. Nur 12 Prozent sind der Meinung, die Vereinigten Staaten sollten bei dieser Frage die Führungsrolle übernehmen. Am anderen Ende des

Meinungsspektrums sind nur 17 Prozent der Ansicht, die Vereinigten Staaten sollten überhaupt keine Rolle spielen. Diese Umfrageergebnisse stimmen mit der Umfrage von **Times Mirror** vom vergangenen Jahr überein, die eine Präferenz der amerikanischen Öffentlichkeit für eine gemeinsame Führungsrolle der Vereinigten Staaten mit anderen führenden Ländern bei Fragen der Außenpolitik ermittelte. Im Gegensatz dazu stand die Meinung der amerikanischen Führungsschicht, die eine ausgesprochen aktive Rolle der Vereinigten Staaten in dieser Frage befürwortete.

Schwangerschaftsabbruch

Die amerikanische Öffentlichkeit ist in zwei ziemlich gleichgroße Lager bezüglich "Schwangerschaftsabbruch auf Wunsch" (46 Prozent) gegenüber "Schwangerschaftsabbruch nur unter bestimmten Umständen" (39 Prozent) gespalten. 13 Prozent sind unter allen Umständen gegen Schwangerschaftsabbruch.

Empfängnisverhütung

Eine beträchtliche Mehrheit der Öffentlichkeit (74 Prozent, einschließlich 70 Prozent der Katholiken) stimmt nicht mit der Erklärung überein, "die Anwendung künstlicher Mittel zur Geburtenkontrolle ist falsch".

* * * * *

USA DRINGEN AUF DIALOG ZWISCHEN NORD- UND SÜDKOREA

Gespräche zwischen Christopher und Han

WASHINGTON - (AD) - US-Außenminister Warren Christopher warnte am 7. September 1994, die nordkoreanische Nuklearfrage könne erst gelöst werden, "wenn Nordkorea einen substantiellen Dialog mit der Republik Korea aufnimmt".

"Wir werden weiter mit der südkoreanischen Regierung an der Beilegung des Nuklearproblems zusammenarbeiten", erklärte Christopher im Beisein des südkoreanischen Außenministers Han Sung Joo vor Journalisten. Die beiden Minister führten im US-Außenministerium ein über einstündiges Gespräch. Anschließend ließ ein hochrangiger amerikanischer Regierungsvertreter verlauten, die Gespräche hätten das Ziel gehabt, im Hinblick auf diesen Monat zwischen den Vereinigten Staaten und Nordkorea anberaumte Gespräche "die jeweilige Haltung der beiden Länder zu sondieren und zu koordinieren".

Christopher bezeichnete das Nuklearprogramm Nordkoreas als "die dringlichste Sicherheitsfrage in der asiatisch-pazifischen Region" und stellte fest, sie bedrohe die Sicherheit der wichtigsten amerikanischen Verbündeten, angefangen mit Südkorea.

"Dieses Nuklearproblem erhöht die Wahrscheinlichkeit eines destabilisierenden Rüstungswettlaufs in Asien und unterminiert unser starkes Interesse an der Beibehaltung wirksamer weltweiter Regime gegen die Weiterverbreitung von Massenvernichtungswaffen. Folglich ist es eine der obersten Prioritäten der Clinton-Administration, diese Situation unter Kontrolle zu bringen", teilte er mit.

Christopher und andere hochrangige Mitglieder der Administration bemühten sich, den Besuch von Außenminister Han zu einer Beschwichtigung der in Seoul bestehenden Ängste vor einer Fortsetzung des amerikanischen Dialogs mit Pjöngjang zu nutzen.

"Die Vereinigten Staaten und Südkorea stehen seit über 40 Jahren Seite an Seite in einem Bündnis, das sich im Laufe der Jahre noch vertieft hat", so der amerikanische Außenminister. "Enge Beziehungen zu Südkorea sind für die Förderung der großen und dauerhaften Interessen der Vereinigten Staaten im asiatisch-pazifischen Raum von essentieller Bedeutung."

Amerikanische und nordkoreanische Regierungsvertreter sollen am 10. September in Pjöngjang und Berlin Fachgespräche zur Vorbereitung der Wiederaufnahme des hochrangigen Dialogs in Genf am 23. September führen.

Christopher stellte fest, die Vereinigten Staaten und Nordkorea hätten bei den Genfer Gesprächen im vergangenen Monat "gewisse Fortschritte bei der Lösung der Nuklearfrage" erzielt, jedoch noch einen weiten Weg vor sich. "Wir müssen unsere Erklärungen in Aktionen umwandeln, die zu einer Lösung des Problems führen."

Im Mittelpunkt der amerikanisch-nordkoreanischen Gespräche in Berlin soll der vorgeschlagene Übergang zu Leichtwasserreaktoren stehen, während es in Pjöngjang um Fragen im Zusammenhang mit der Einrichtung von Verbindungsbüros in der Hauptstadt des jeweils anderen Landes geht.

"Als Teil des von uns und unseren südkoreanischen Verbündeten verfolgten umfassenden und gründlichen Ansatzes zu der Nuklearfrage haben sich die Vereinigten Staaten und Nordkorea auf das Streben nach normalisierteren politischen und wirtschaftlichen Beziehungen geeinigt", erklärte Christopher. "Zu diesem Zweck sind jedoch Fortschritte bei der Nuklearfrage sowie Offenheit zur Verbesserung des Verhältnisses zwischen Nord- und Südkorea erforderlich." Die Vereinigten Staaten werden dem Minister zufolge weiterhin absolut starkes Engagement für die Sicherheit Südkoreas zeigen.

Außenminister Han teilte mit, er sei nach Washington gekommen, um als Vorbereitung der bevorstehenden Treffen zwischen den Vereinigten Staaten und Nordkorea "unsere Strategie und Pläne zu entwerfen. Wir haben die Bedeutung von Transparenz beim nordkoreanischen Nuklearprogramm bekräftigt, nicht nur jetzt und in Zukunft, sondern auch bei entsprechenden Aktivitäten in der Vergangenheit."

Han bekräftigte die Bereitschaft Südkoreas, nach der Lösung der Nuklearfrage an dem Projekt zur Bereitstellung von Leichtwasserreakorteknologie für Nordkorea teilzunehmen und einen bedeutenden Beitrag zu leisten.

Dem Außenminister zufolge hält Südkorea alle Türen für Gespräche zwischen Nord- und Südkorea offen. Er stellte jedoch fest, die Pläne für einen Gipfel am 25. Juli seien durch den Tod des nordkoreanischen Präsidenten Kim Il-Sung zerschlagen worden.

"Jetzt besteht das Problem darin, daß die wichtigsten Ämter in der Partei und der Regierung Nordkoreas offiziell nicht besetzt sind", äußerte Han und fügte hinzu, die hochrangigen Gespräche zwischen Nord- und Südkorea müßten bis zur offiziellen Übernahme der Macht durch Kims Sohn ausgesetzt werden. "Wir wissen nicht, wann das sein wird", teilte er mit.

Christopher wies auf die Bedeutung von "Sonderinspektionen" durch die Internationale Atomenergie-Organisation (IAEO) als Teil des Sicherheitsabkommens mit Nordkorea hin. Diese würden essentielle Informationen über Pjöngjangs frühere Nuklearaktivitäten liefern.

Der amerikanische Außenminister wird Ende des Jahres nach Seoul reisen, "um unsere gemeinsamen Interessen zu fördern und die Gespräche mit unserem engen Verbündeten, der Republik Korea, fortzusetzen". Der Sprecher im US-Außenministerium, Michael McCurry, teilte später bei einer Pressekonferenz mit, der Minister würde Korea wahrscheinlich im Zusammenhang mit den Treffen des Forums für asiatisch-pazifische wirtschaftliche Zusammenarbeit (Asia-Pacific Economic Cooperation Forum - APEC) einen Besuch abstatten. Der APEC-Gipfel ist für November in Indonesien anberaumt.

Der Sprecher teilte auf Anfrage mit, Han hätte "keine Bedenken gegen die derzeit laufenden Gespräche" zwischen den Vereinigten Staaten und Nordkorea geäußert. McCurry zufolge würden die USA "ohne Zweifel jegliche Bestrebung Nord- und Südkoreas in der Frage einer dauerhaften Friedensvereinbarung unterstützen".

* * * * *

14. September 1994

EIN TRIBUNAL FÜR DIE GERECHTIGKEIT

von John Shattuck

WASHINGTON - (AD) - Der nachfolgende Artikel erschien auf Deutsch erstmals im **Rheinischer Merkur** vom 9. September 1994.

Der Verfasser ist Abteilungsleiter für Demokratie, Menschenrechte und Arbeitsfragen im US-Außenministerium. Er kehrte vor kurzem von einer Reise nach Ruanda und Burundi zurück.

Eine der größten Herausforderungen, die sich der Welt durch das Leiden in Ruanda stellt, ist die Unterbrechung des Circulus vitiosus von Tod und Vergeltung, die Milderung der demoralisierenden Last kollektiver Schuld, die der ruandischen Gesellschaft auferlegt wurde, und das Aufzeigen von Wegen zur Bestrafung dieses Genozids, um weitere Genozide zu verhindern. Aus diesem Grund muß die internationale Staatengemeinschaft unverzüglich ein Kriegsverbrechertribunal für Ruanda einrichten, das die für den Völkermord und andere Greuelthaten Verantwortlichen gegenüber ihren Opfern und der internationalen Staatengemeinschaft zur Rechenschaft zieht. Die Vereinigten Staaten arbeiten zusammen mit anderen Nationen energisch auf die Gründung eines solchen Tribunals hin.

Die dem Morden in Ruanda und ähnlichen Konflikten zugrundeliegenden ethnischen Spaltungen haben einige zu der Fehleinschätzung verleitet, es handele sich um Stammesfehden, deren tiefe historische Wurzeln außerhalb der Reichweite von Justiz und Diplomatie liegen. Der Genozid in Ruanda wurde in der Tat von politischen Akteuren aus politischen Gründen ausgelöst und ausgeführt. Ihrem Zynismus und ihrer Brutalität muß jetzt mit den Prinzipien der Rechenschaftspflicht und Gesetze begegnet werden. Ein ermutigender Schritt war das jüngste Schreiben der ruandischen Regierung an UN-Generalsekretär Boutros Boutros-Ghali, in dem sie auf die unverzügliche Einrichtung eines internationalen Kriegsverbrechertribunals drängte. Die ruandischen Behörden haben ihre Absicht bekräftigt, die Verfolgung von Kriegsverbrechern auf absehbare Zeit dem internationalen Tribunal zu unterstellen.

Es muß rasch gehandelt werden. Die erfolgreiche Strafverfolgung wird die Anstifter des Völkermords vom Schauplatz verbannen, Selbstjustiz und Racheakte abschrecken sowie den Ruandern - und ihren Nachbarn in Burundi - das Vertrauen zum Wiederaufbau geschundener Gesellschaften geben.

Der UNO-Sicherheitsrat hat bereits ein internationales Tribunal für das ehemalige Jugoslawien eingerichtet, das Hunderte von Zeugenaussagen sammelt und den Prozeß vorbereitet. Das Kriegsverbrechertribunal für das ehemalige Jugoslawien kann den Lauf der Gerechtigkeit in Ruanda fördern, indem es administrative Ressourcen und Personal sowie die Fähigkeiten der bereits eingerichteten Ermittlungs- und Berufungskammern zur Verfügung stellt. Wenn solche Strukturen bereits vorhanden sind, könnte das Tribunal für Ruanda zügig arbeiten. Sowohl das jugoslawische als auch das ruandische Tribunal benötigen zur Durchführung ihrer Arbeit eine angemessene Finanzierung. Im vergangenen Monat berief der Sicherheitsrat ein Expertengremium ein, um den Völkermord in Ruanda zu untersuchen. Während der Ausschuß seine Ermittlungen fortsetzt, sollte der Rat offiziell ein Tribunal ins Leben rufen.

Obwohl die diplomatischen Schritte in den Hauptstädten von der Realität der Schlachtfelder Ruandas und der Flüchtlingslager Zaires weit entfernt scheinen, sind sie für die Überlebenden von großem und direktem Belang. Die Flüchtlinge werden nur nach Hause zurückkehren und ihr zerrüttetes Leben wieder aufbauen, wenn sie das ohne Angst vor Vergeltung tun können. Den Einschüchterungskampagnen und falschen Informationen in den Flüchtlingslagern über unrechtmäßige Racheakte kann nur mit verlässlichen Rechenschaftsberichten über die Situation in Ruanda begegnet werden sowie einer glaubwürdigen Ver-

pflichtung zu unparteiischer Gerechtigkeit, die militärische Extremisten davon abhält, Gewalt zu säen oder die leidenden Flüchtlingsmassen zu terrorisieren.

Inzwischen muß die internationale Staatengemeinschaft Maßnahmen ergreifen, um in den ihrer Kontrolle unterstehenden Gebieten Beweismittel zu sammeln und diejenigen festzunehmen, denen glaubhaft eine Beteiligung am Völkermord nachgewiesen werden kann. Ferner besteht ein dringender Bedarf an Menschenrechtsbeobachtern. Die US-Regierung hat bereits ihre Unterstützung zugesichert und fordert andere Nationen auf, ebenso zu handeln.

Die größte Hoffnung auf eine Durchbrechung des Teufelskreises von Genozid und Gewalt in Ruanda liegt darin sicherzustellen, daß die Planer und Anführer dieses Gemetzels identifiziert, vor Gericht gestellt und im Falle ihrer Verurteilung bestraft werden. In einem Land so stark gespaltenen Land wie Ruanda wird jedoch die Gerechtigkeit einer Gemeinde wahrscheinlich als die Rache einer anderen betrachtet. Aus diesem Grund ist es die Aufgabe der internationalen Staatengemeinschaft, unparteiische Urteile über Schuld und Unschuld der Hauptverantwortlichen des Völkermords zu sprechen, damit das ruandische Justizwesen die Versöhnungsarbeit fortsetzen kann.

* * * * *

DER NEW YORKER STADTTEIL HARLEM

von Guy Halverson

Der zum Bezirk Manhattan gehörende New Yorker Stadtteil Harlem war im Verlauf seiner Geschichte eine Enklave für verschiedene ethnische Gruppen und Rassen. Heute befindet sich Harlem in einem Prozeß der Erneuerung, und Geschäfte, das kulturelle Leben und die Gesellschaft florieren. Der nachfolgende Artikel blickt auf drei Jahrhunderte der Geschichte Harlems zurück.

Der Verfasser ist Journalist beim Christian Science Monitor.

Veröffentlichung und Übersetzung mit freundlicher Genehmigung von **The Christian Science Monitor**. Copyright (c) 1993 The Christian Science Publishing Society. Alle Rechte vorbehalten.

Harlem verändert sich - schon wieder!

Die Gemeinde Nordmanhattan (Bezirk New York City) - während eines Großteils dieses Jahrhunderts das intellektuelle und kulturelle Zentrum des schwarzen Amerika - erlebt einen Zustrom von Hispanoamerikanern und einigen Weißen, die sich in den Randbezirken niederlassen.

Die Kriminalität ist zurückgegangen. Im vergangenen Jahrzehnt haben sowohl die Schwarzen als auch die Weißen ihren Wohlstand ausreichend vermehrt, so daß amerikanische Unternehmen in der Gegend Geschäfte eröffnet haben oder entsprechende Möglichkeiten sondieren. Neue Kultur- und Kunstprogramme erleben eine Hochblüte.

Gemeindevertretern zufolge vollzieht sich in Harlem ein tiefgreifender Wandel als je zuvor in der jüngeren Geschichte, vielleicht seit den zwanziger Jahren. Anwohner und Demographen stellen fest, daß sich in den Außenbezirken von Harlem eine Mehrheit von Hispanoamerikanern angesiedelt hat, obwohl das Zentrum weiterhin schwarz ist. Auch wenn sie nicht die Mehrheit bildet, ist die hispanoamerikanische Gemeinde groß genug, um die politische und kulturelle Identität Harlems zu verändern. Auch einige Weiße ziehen wieder in die Gegend.

An den Grenzen des Bezirks werden einige Appartementshäuser in Eigentumswohnungen umgewandelt oder von Eigentümerzusammenschlüssen aufgekauft.

Die sich in Harlem vollziehenden dramatischen Veränderungen "sind vielleicht keine Renaissance wie in den zwanziger Jahren und Anfang der dreißiger Jahre, aber es handelt sich zweifelsohne um eine größere Umstrukturierung", erklärt Walter Stafford, Professor für Stadtplanung an der Wagner School of Public Policy der New York University. "Es gibt eine neue Erkenntnis, was getan werden kann."

Im vergangenen Jahr haben beispielsweise **Ben & Jerry's Ice Cream** und die britische Kosmetikkette **The Body Shop** Geschäfte auf der 125. Straße, Harlems von Osten nach Westen verlaufender Hauptgeschäftsstraße, eröffnet.

"Durch den Verkauf bauen wir etwas auf", erläutert Robert Triefus, Sprecher von **The Body Shop**. Im Rahmen einer speziellen Vereinbarung gehen 50 Prozent des von dem Geschäft in der 125. Straße erzielten Gewinns an die Gemeinde. Der verbleibende Gewinn wird zur Eröffnung neuer Geschäfte in Gegenden mit niedrigem Einkommen verwendet.

Zu den amerikanischen Unternehmen, die in Harlem Geschäfte aufmachen oder Berichten zufolge eine solche Möglichkeit sondieren, zählen die Supermarktkette **Pathmark**, die Kaufhäuser **Caldor** und **K-mart Corporation** und das Schifffahrtsunternehmen **Circle Line Tours**.

"Wir konzentrieren uns jetzt auf zunehmende Geschäftsaktivitäten" anhand der strategischen Nähe Harlems zum Zentrum Manhattans sowie aufgrund der neuen Betonung der Stadtverwaltung des New

Yorker Bürgermeister David Dinkins (der im Januar 1994 durch Rudolph Giuliani abgelöst wurde), die Gegenden in den Innenstädten zu entwickeln, erklärt Wallace Ford, Kommissar für Geschäftsdienstleistungen von New York.

"Im vergangenen Jahr war eine Zunahme kleinerer Geschäfte und einiger Ketten zu verzeichnen. Wir sehen das als sehr vielversprechend an", stellt ein Sprecher der Handelskammer von Großharlem fest.

Für Millionen Amerikaner beschwört das Wort "Harlem" ein Gefühl der Geschichte herauf sowie die enormen Herausforderungen der Armut in zahlreichen städtischen Zentren.

Trotz seiner Geschichte hat Harlem immer noch keine offiziellen Grenzen. Einigen Stadtplanern zufolge beginnt Großharlem - und die angrenzende Nachbarschaft - ungefähr bei der 96. Straße. Andere sagen, an der 110. Straße. Die meisten Experten stimmen jedoch überein, daß sich Harlem von der 125. Straße nordwärts zwischen den Flüssen Hudson und Harlem bis in die Nähe der George Washington-Brücke bei der 178. Straße erstreckt.

Viele der größten Bauprojekte hier werden von der Stadtentwicklungsgesellschaft Harlem (Harlem Urban Development Corporation - HUDC) ausgeführt, einer Behörde des Bundesstaates New York. Mehrere Komplexe schießen in ganz Harlem in die Höhe, darunter Harlem-on-the-Hudson und das Gateway-to-Harlem-Projekt im Norden des Central Park. Für Donald Cogsville von der HUDC steht die Erneuerung Harlems in direkter Verbindung zu der Zunahme neuer, multifunktionaler Erschließungsprojekte, bei denen Wohnungen, Geschäfte und Büroräume unter einem Dach untergebracht sind. Und die Projekte und Arbeitsplätze bedeuten einen Zustrom neuer Familien, von denen viele entschieden wohlhabender sind als die bisherigen Anwohner. Angesichts dieser Anhebung des Lebensstandards unterstreicht Stafford die Notwendigkeit sicherzustellen, daß die seit Jahren in Harlem lebenden Menschen Zugang zu ordentlichen Wohnungen haben.

Die Geschäftsmieten entlang der 125. Straße "steigen und steigen", äußert Chaesoo Kim, Direktor des koreanisch-amerikanischen Wirtschaftsverbands von Harlem. (Es befinden sich 40 bis 50 koreanische Geschäfte in der Gegend).

"Für die meisten Afroamerikaner ist es fast unmöglich, ein Haus in Harlem zu kaufen", stellt Horace Carter fest, Präsident und Gründer der Emanuel Pieterseon Historischen Gesellschaft, einer Vereinigung zur Gebietserhaltung. Trotz all seiner Herausforderungen ist Harlem ein interessanter und aufre-

gender Wohnort, so der seit langem ansässige Carter.

Ursprünglich war "New Harlem" ein um 1600 von Peter Stuyvesant, dem Gouverneur von New Amsterdam, gegründetes Dorf, das später New York wurde. Nachdem die Briten Ende 1600 die Kontrolle übernommen hatten, wurde Harlem eine Ansiedlung von Bauernhöfen. Anfang des 20. Jahrhunderts war Harlem vornehmlich von Deutschen und deutschen Juden bewohnt, obwohl es einige Iren, Skandinavier und, weiter im Osten, Italiener gab. In Osth Harlem hatte sich die größte Gemeinde von Italoamerikanern in Nordamerika niedergelassen, die bis ungefähr 1930 dort ansässig blieb. Tausende Italoamerikaner leben immer noch in Enklaven in der Nähe der 116. Straße, Tür an Tür mit puertoricanischen und anderen hispanoamerikanischen Gemeinden.

Nach dem Ersten Weltkrieg zogen viele Afroamerikaner erstmals in nördlich des Central Park gelegene Gebiete, teilweise "wegen der großen Zahl zur Verfügung stehender Wohnungen", so Frank Vardy, Demograph in der Bevölkerungsabteilung der Stadtverwaltung von New York. (In Harlem gibt es immer noch den meisten freien Wohnraum Manhattans). Zu Beginn dieses Jahrhunderts war die Gemeinde der Schwarzen in New York Vardy zufolge vorwiegend auf der Westseite Manhattans angesiedelt. Die Bewegung schwarzer Familien nach Norden wurde zu einem Strom, als die wichtigen Kirchen für Schwarze sich im Norden niederließen.

Die zwanziger Jahre waren für die in Harlem lebenden Afroamerikaner das Goldene Zeitalter, symbolisiert von Jazzstars wie Duke Ellington, Fletcher Henderson und Cab Calloway. Schriftsteller, Intellektuelle und Künstler wie Langston Hughes, W. E. B. DuBois und Paul Robeson lebten hier. Zu dieser Zeit war die 125. Straße in rassistischer und ethnischer Hinsicht integriert.

"Die Straße war von Kinos und Varietétheatern gesäumt, die vor allem von jüdischen Familien besucht wurden, von guten Restaurants und zahlreichen Läden; die Nachtclubs wurden von vielen Weißen aufgesucht", erinnert sich ein in den zwanziger Jahren in der 125. Straße wohnender Mann. "Fast alle kamen gut miteinander aus. Die 125. Straße war voller Leben."

Als die Afroamerikaner kamen, verließen die Weißen die Gegend. "Das jüdische Harlem" verschwand praktisch. Aber noch 1950 hatte Großharlem, einschließlich des Gebiets um die Columbia University, eine 52prozentige Mehrheit weißer Einwohner. 1960 hatte sich das Blatt gewendet: In Harlem lebten 53 Prozent Schwarze sowie eine vorwiegend im Osten

Harlems angesiedelte hispanoamerikanische Minderheit von 18 Prozent. Die Gesamtbevölkerung Harlems nahm stetig ab. Aber nicht nur die Weißen gingen; Tausende von afroamerikanischen Familien der Mittelschicht und akademischen Berufe zogen aus Harlem weg, und die größte Gemeinde von Schwarzen in New York ist jetzt in Brooklyn zu finden.

"In den letzten 20 Jahren hat die Bevölkerung von Harlem immer stärker abgenommen", so David Reimers, Historiker an der New York University. Inzwischen kommen aber Menschen jedes ethnischen Hintergrunds wieder zurück.

"Die Volkszählung von 1990 weist erstmals seit 1950 wieder einen Bevölkerungsanstieg in Harlem und Umgebung aus", erklärt Cogsville von der HUDC. In Teilen der oberen Westseite von Manhattan und in Osth Harlem ist der Anteil der Afroamerikaner auf 42 Prozent gesunken, der der Weißen von 14,5 Prozent im Jahr 1980 auf 15 Prozent angestiegen, die Asiaten ziehen fort. Die Wachstumsrate der Hispanoamerikaner schnell jedoch in die Höhe.

"In einigen Jahren werden die Hispanoamerikaner in Harlem und Umgebung eindeutig die Mehrheit ausmachen", so Carter.

Einflußreiche Schwarze sind davon überzeugt, daß Harlem auch in Zukunft hauptsächlich von Afroameri-

kanern bewohnt sein wird. Die demographische Entwicklung läßt darauf schließen, daß das vielleicht nur im innersten Kern von Harlem der Fall sein wird. Selbst im Zentrum Harlems, wo die Schwarzen seit den dreißiger Jahren die Mehrheit ausmachen, lassen sich die Hispanoamerikaner in beträchtlicher Zahl nieder.

Der Anstieg der hispanoamerikanischen Bevölkerung, der auch viele Einwanderer aus der Karibik angehören, ist ein Faktor für den jüngsten Anstieg der Armut. Ungefähr 30 Prozent aller in Harlem lebenden Familien erhalten staatliche Unterstützung, so James Davis von der HUDC. Dennoch ist das Einkommen insgesamt angestiegen, was teilweise den allgemeinen Anstieg des Lebensstandards widerspiegelt. Im Zentrum von Harlem erhöhte sich die Zahl der Haushalte mit einem Einkommen zwischen 20.000 und 50.000 Dollar von 11,6 Prozent im Jahr 1980 auf über 32 Prozent 1990; die Zahl der Familien mit einem Einkommen über 50.000 Dollar nahm einem Bericht der HUDC zufolge von einem Prozent 1980 auf 10 Prozent 1990 zu.

Die Verbrechensrate sinkt ebenfalls, insbesondere in den von den Haupteinkaufszentren entfernt gelegenen Gebieten. Im 30. Polizeirevier an der 151. Straße West fiel die Anzahl der Morde von 46 im Jahr 1991 auf 26 im Jahr 1992. Raubüberfälle, tätliche Angriffe und Autodiebstähle nahmen ebenfalls ab.

* * * * *